

SITZUNGSNIEDERSCHRIFT

Gremium		
Hauptausschuss		
Sitzungsort Gustav-Heinemann-Schule, Holthausstraße 15, 58332 Schwelm		
Datum 03.04.2014	Beginn 17:00 Uhr	Ende 20:35 Uhr

Zur heutigen Sitzung sind folgende Damen und Herren ordnungsgemäß eingeladen worden und sind anwesend:

Mitglieder

Kirschner, Thorsten
Orentat-Steding, Ingrid
Philipp, Gerd E.
Schier, Klaus Peter
Flüshöh, Oliver anwesend bis 19:20 h (TOP A9)
Hens, Bernd
Kampschulte, Matthias
Rüttershoff, Heinz-Joachim
Poschmann, Jan Vertretung für Herrn Wolfgang Stark
anwesend bis 19:48 h (TOP A10)
anwesend bis 20:10 h (TOP A18)
anwesend bis 20:05 h (TOP A15)

Schwunk, Michael
Gießwein, Marcel
Kranz, Jürgen
Feldmann, Jürgen
Bockelmann, Christian Dr.

Vorsitzender

Stobbe, Jochen

stellv. Vorsitzende

Hortolani, Frauke Dr.
Sartor, Christiane

Sitzungsteilnehmer/innen von der Verwaltung

Guthier, Wilfried
Heringhaus, Petra
Klos, Karlheinz
Rudolph, Heike
Schweinsberg, Ralf
Sormund, Frank
Striebeck, Thomas
Weidner, Gabriele

Schriftführer/in

Gräfe, Nicole

Abwesend:

Mitglieder

Stark, Wolfgang

Vertreten durch Herrn Jan
Poschmann

Gießwein, Brigitta

A Öffentliche Tagesordnung

- 1 Eröffnung der Sitzung und Begrüßung durch den Bürgermeister
- 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
- 3 Genehmigung der Niederschriften der Sitzungen vom 07.11.13 und 23.01.14
- 4 Fragen der Einwohner/innen an Hauptausschuss und Verwaltung
- 5 Mitteilungen
- 6 Bericht des Behindertenbeirates
- 7 Sachstandsbericht zur Ansiedlung der Biologischen Station des Ennepe-Ruhr-Kreises in der Freizeitanlage Martfeld 054/2014
- 8 1.vereinfachte Änderung Bebauungsplan Nr. 86 „Wohngebiet Winterberg“ 037/2014
Vorbereitende Informationen zum Verfahrensschritt Abwägung und Beschlussfassung zu den Ergebnissen aus der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 2 BauGB und der Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB.
- 8.1 1.vereinfachte Änderung Bebauungsplan Nr. 86 „Wohngebiet Winterberg“ 037/2014/1

1. Abwägung und Beschlussfassung aus der Beteiligung gem. § 3 Abs. 2 BauGB
2. Abwägung und Beschlussfassung aus der Beteiligung gem. § 4 Abs. 2 BauGB
3. Satzungsbeschluss gem. § 10 BauGB
- 9 Bebauungsplan Nr. 96 "Historische Brauerei" 042/2014
Beschluss zur Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 2 BauGB
Beschluss zur Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB
- 9.1 Bebauungsplan Nr. 96 "Historische Brauerei" 042/2014/1
Beschluss zur Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 2 BauGB
Beschluss zur Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB

9.2	Bebauungsplan Nr. 96 "Historische Brauerei" - Antrag der SPD-Fraktion vom 24.03.2014	042/2014/2
10	Finanzielle Auswirkung der Dreifeldsporthalle	056/2014
10.1	Finanzielle Auswirkung der Dreifeldsporthalle (Hallenkapazitäten)	056/2014/1
11	Sachstandsbericht zur Entwicklung der Schullandschaft in Schwelm	006/2014/1
12	Bewilligung von überplanmäßigen Aufwendungen/Auszahlungen i. H. v. insgesamt 75.817,00 Euro bei den Buchungsstellen 02.01.09.523200 und 02.01.10.523200 – Erstattungen von Aufwendungen v. Dritten aus lfd. Verwaltungstätigkeit an Gemeinden (GV)	020/2014
13	Ordnungsbehördliche Verordnung über die Freigabe von verkaufsoffenen Sonntagen in 2014	030/2014
14	Benutzungsgebühren für den Schwelmer Wochenmarkt ab dem 01.07.2014 und Übergabe des Wochenmarktes an die Deutsche Marktgilde eG auf Probe ab dem 01.10.2014	053/2014
14.1	Anschreiben zur Übergabe des Wochenmarktes an die Deutsche Marktgilde eG auf Probe ab dem 01.10.2014	053/2014/1
15	Änderung der Tarifordnung über die Erhebung von Standgeldern anlässlich der Stadtkirmes während des Heimatfestes	057/2014
16	"Außengastronomie Stärken" Anfrage der FDP-Fraktion	060/2014
17	Bewerbung um den Titel "Fair-Trade-Stadt" - gemeinsamer Antrag der Fraktionen SPD, CDU, FDP, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linken, Bürger für Schwelm vom 19.03.14	064/2014
18	Ersatzwahl für die Schiedsperson im Schiedsgerichtsbezirk I (Schwelm-Nord)	063/2014
19	Fragen / Mitteilungen des Ausschusses an die Verwaltung	

A Öffentliche Tagesordnung

1 Eröffnung der Sitzung und Begrüßung durch den Bürgermeister

Bürgermeister Stobbe weist auf folgende Ergänzungen zur Tagesordnung hin:

- Als TOP 9.2 wird der Antrag der SPD-Fraktion vom 24.03.14 zur Beratung und Beschlussfassung eingebracht.
- Zum TOP A10.1 wurde die Vorlage 056/2014/1 nachgereicht.
- Der TOP A14 wird durch die Vorlage 053/2014/1 unter TOP A14.1 ergänzt.
- Die Vorlage zu TOP A18 wird durch die Verwaltung zurückgezogen, eine entsprechende Begründung erfolgt nach Aufruf des Tagesordnungspunktes.

Bürgermeister Stobbe berichtet, dass sich die Initiatoren der Bürgerbegehren auf das Schreiben vom 02.04.14 gemeldet haben. Hinsichtlich des Bürgerbegehrens „Hauptschule“ wurde eine schriftliche Stellungnahme abgegeben, welche ausliegt. Hinsichtlich des Bürgerbegehrens „Grundschulen“ wurde eine Stellungnahme für die Sitzung des Rates am 10.04.14 avisiert.

Bürgermeister Stobbe eröffnet sodann die Sitzung und begrüßt die Anwesenden.

2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Bürgermeister Stobbe stellt fest, dass die Anwesenden ordnungsgemäß geladen wurden und der Hauptausschuss beschlussfähig ist.

3 Genehmigung der Niederschriften der Sitzungen vom 07.11.13 und 23.01.14

Beschluss:

Die Niederschrift vom 07.11.13 wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	X
----------------------	-------------	---

Herr Philipp bittet um Abänderung der Niederschrift vom 23.01.14 wie folgt:

1. Seite 7, vorletzter Absatz:

alt: Er spricht sich jedoch gegen eine Einzelhandelsnutzung im Erdgeschoss aus.

neu: Er spricht sich jedoch dagegen aus, die gewünschte Einzelhandelsnutzung im Erdgeschoss festzuschreiben.

2. Seite 9, 7. Absatz:

alt: Herr Philipp skizziert kurz die Notwendigkeit von dauerhaft ansässigen Investoren.

neu: Herr Philipp skizziert kurz den Vorteil von dauerhaft ansässigen Investoren.

Beschluss:

Unter Berücksichtigung der vorstehenden Änderungen wird die Niederschrift vom 23.01.14 genehmigt.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	Dafür	16
	dagegen:	1
11	Enthaltungen:	0

4 Fragen der Einwohner/innen an Hauptausschuss und Verwaltung

Es werden keine Fragen der Einwohner an den Hauptausschuss und die Verwaltung gestellt.

5 Mitteilungen

Herr Schweinsberg beantwortet die Frage des Herrn Nockemann zum Thema „B7E“. Die Beantwortung liegt dieser Niederschrift als **Anlage 1** an.

Zum Thema „Mountainbike-Strecke“ berichtet Bürgermeister Stobbe von einem Gespräch zwischen den Nutzern der Strecke und der Verwaltung, in welchem vereinbart wurde, zunächst noch ein Gespräch mit der Forstaufsicht zu führen, um sodann ein weiteres Vorgehen unter Berücksichtigung der Interessen der Nutzer und Anwohner als auch der Kosten und des Streckenumfangs abzustimmen. Auf Nachfrage von Herrn Dr. Bockelmann stellt Bürgermeister Stobbe klar, dass nicht die Frage des vollständigen Rückbaus der Strecke zu klären ist, sondern vielmehr, in welchem Ausmaß ein Rückbau zu erfolgen hat.

Herr Feldmann verweist insoweit auf den im Jahr 2006 aufgestellten Streckenplan.

Herr Schweinsberg informiert über das Gespräch mit der Bezirksregierung am 01.04.14 anlässlich des Haushaltssanierungsplans.

Herr Kampschulte kritisiert, dass die Bezirksregierung nach wie vor keine konkreten Lösungsvorschläge unterbreitet.

Herr Dr. Bockelmann fragt, ob die Anmerkungen seitens der Bezirksregierung als „letzte Warnung“ zu verstehen sei. Bürgermeister Stobbe antwortet: „Das kann man so sehen.“

Her Schwunk kritisiert, dass seitens der Verwaltung etwaige Einsparpotentiale u. a. aus der Orga-Untersuchung und dem Personalwirtschaftskonzept nicht im ausreichenden Ausmaß umgesetzt wurden.

Herr Feldmann ist der Auffassung, dass die Bezirksregierung den Haushaltssanierungsplan zu streng beurteilt.

Frau Heringhaus führt aus, dass der Abschluss des neuen Tarifvertrages am 01.04.14 für das Jahr 2014 eine Mehrbelastung im Bereich Personalausgaben von ca. 229.000,00 € darstellt. Für das Jahr 2015 konnten in der Kürze der Zeit noch keine Zahlen ermittelt werden. Auf Nachfrage von Herrn Flüshöh führt sie weiter aus, dass sich dieser Mehrbetrag nur auf die tariflich Beschäftigten bezieht.

Auf Nachfrage von Herrn Schwunk teilt Bürgermeister Stobbe mit, dass so kurzfristig noch keine Kompensationsberechnungen vorliegen.

Herr Flüshöh weist darauf hin, dass angesichts der Klage der Beamten vor dem Hintergrund des vergangenen Tarifvertrages auch mit einer Klage unter Bezugnahme auf den nunmehr aktuellen zu rechnen ist und insoweit für die Bezüge(nach)zahlungen Rückstellungen gebildet werden sollten.

Bürgermeister Stobbe teilt mit, dass nach wie vor Wahlhelfer fehlen und bittet die Anwesenden um entsprechende Unterstützung.

Herr Feldmann kritisiert, dass eine Anfrage seitens der Fraktion Die Linke nunmehr seit neun Monaten zur Beantwortung aussteht.

Bürgermeister Stobbe sichert Bearbeitung zu.

6 Bericht des Behindertenbeirates

Herr Sprock und Herr Koch berichten über die Arbeit des Behindertenbeirates. Ihre Ausführungen liegen dieser Niederschrift als **Anlage 2a und 2b** an.

Herr Philipp dankt für den Bericht und stimmt Herrn Koch hinsichtlich seiner Ausführungen zum Bürokratieabbau zu.

Auch Herr Feldmann dankt für den Bericht und bittet, das Thema „Optische Barrierefreiheit“ aufzugreifen.

Herr Koch dankt für den Hinweis und berichtet, dass es bereits auf Landesebene Arbeitsgemeinschaften „Leichte Sprache“ gibt, deren Arbeitsergebnisse ständig verfolgt werden.

7 Sachstandsbericht zur Ansiedlung der Biologischen Station des Ennepe-Ruhr-Kreises in der Freizeitanlage Martfeld 054/2014

Auf Nachfrage von Herrn Kranz teilt Herr Striebeck mit, dass der Standort der Biologischen Station bis auf 1 bis 2 m feststehe. Herr Striebeck führt auf Nachfrage von Herrn Flüshöh weiter aus, dass sich das Verfahren derzeit noch im „Vor-Stadium“ befindet und insoweit erst im weiteren Verfahrensverlauf eine Beteiligung der Öffentlichkeit, Behörden und Träger öffentlicher Belange erfolgen wird.

Bürgermeister Stobbe führt aus, dass derzeit mit der Deutschen Bahn Gespräche hinsichtlich der Brückensanierung geführt werden. Die Zufahrt ist unabhängig von der Biologischen Station für die Martfeld-Anlage von großer Bedeutung. Er führt auf Nachfrage von Dr. Bockelmann weiter aus, dass nicht beabsichtigt ist, die Martfeld-Anlage zu „zerschneiden“, derzeit werde geprüft, inwieweit eine Realisierung der Biologischen Station am Haus Martfeld möglich ist unter Berücksichtigung alternativer Erschließungen, da die Erschließung der Martfeld-Anlage unabhängig von der Errichtung der Biologischen Station sicherzustellen ist. Die Kosten alternativer Erschließungsmöglichkeiten können derzeit noch nicht beziffert werden, die erfolgte „Hochrechnung“ ist zu unkonkret. Bzgl. der Brücke wurde durch die Deutsche Bahn eine 6-Jahres-Untersuchung durchgeführt, deren Ergebnisse noch nicht bekannt sind.

Herr Philipp lobt die Arbeitsweise der Studenten und den daraus folgenden Verfahrensverlauf.

Herr Feldmann kann nicht nachvollziehen, warum hinsichtlich der Brücke die Eigentümerfrage noch nicht geklärt ist, da es ja entsprechende Verträge geben muss.

Hinsichtlich der Vorlage 054/2004 wird Kenntnisnahme festgestellt.

- | | | |
|----------|---|-----------------|
| 8 | 1.vereinfachte Änderung Bebauungsplan Nr. 86
„Wohngebiet Winterberg“
Vorbereitende Informationen zum Verfahrensschritt
Abwägung und Beschlussfassung zu den
Ergebnissen aus der Beteiligung der Öffentlichkeit
gem. § 3 Abs. 2 BauGB und der Beteiligung der
Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange
gem. § 4 Abs. 2 BauGB. | 037/2014 |
|----------|---|-----------------|

Bürgermeister Stobbe übergibt den Sitzungsvorsitz an Frau Sartor.

Die Ausführungen der Vorlage 037/2014 werden zur Kenntnis genommen.

- | | | |
|------------|---|-------------------|
| 8.1 | 1.vereinfachte Änderung Bebauungsplan Nr. 86
„Wohngebiet Winterberg“ | 037/2014/1 |
| | 1. Abwägung und Beschlussfassung aus der
Beteiligung gem. § 3 Abs. 2 BauGB
2. Abwägung und Beschlussfassung aus der
Beteiligung gem. § 4 Abs. 2 BauGB
3. Satzungsbeschluss gem. § 10 BauGB | |

Beschluss:

1. Während der Auslegung für die Dauer von 2 Wochen gem. § 13 Abs. 2 Ziffer 3 i.V.m. § 3 Abs. 2 BauGB (Beteiligung der Öffentlichkeit) sind keine Anregungen eingegangen.

2. Die während der Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB abgegebene Stellungnahme wird, wie in der Sitzungsvorlage 037/2014/1 dargestellt, abgewogen.

3. Gemäß § 10 Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung vom 23.09.2004 (BGBl. I, S. 2414) in der zur Zeit gültigen Fassung sowie der §§ 7 und 41 der Gemeindeordnung des Landes (GO NRW) in der zur Zeit gültigen Fassung wird die 1. Vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes Nr. 86 „Wohngebiet Winterberg“ der Stadt Schwelm als Satzung und die Begründung vom 21.01.2014 hierzu beschlossen. Das Plangebiet beinhaltet die Flurstücke (Stand 17.01.2014) Gemarkung Schwelm, Flur 24, Flurstücke: 45, 48, 53, 54, 119, 123, 126-129, 152-154, 192, 193, 199 203 teilw., 227-230, 263-265, 307-310. Flur 25, Flurstücke: 755-757, 758 tlw., 789, 790 teilw., 791-795, 806 teilw..

Die genauen Grenzen des Plangebiets setzt der Bebauungsplan fest (§ 9 Abs.7 BauGB).

Die zusammenfassende Erklärung gemäß § 10 Abs. 4 BauGB ist den Planunterlagen zur Einsichtnahme gemäß § 10 Abs. 3 BauGB beizufügen.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür	10
	dagegen:	2
	Enthaltungen:	2

NB: Bürgermeister Stobbe, Herr Schier, Herr Flühöh

Frau Sartor übergibt den Sitzungsvorsitz an Bürgermeister Stobbe.

9 Bebauungsplan Nr. 96 "Historische Brauerei" 042/2014
Beschluss zur Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3
Abs. 2 BauGB
Beschluss zur Beteiligung der Behörden und
sonstiger Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2
BauGB

Die Tagesordnungspunkte A9 bis A9.2 werden en bloc beraten.

Herr Gießwein regt die Vertagung zum nächsten Gremium (Rat der Stadt Schwelm) an, sodass die Beschlussfassung dem neu gewählten Rat der Stadt Schwelm obliegen würde.

Herr Philipp erläutert kurz den Hintergrund des Antrags der SPD-Fraktion vom 24.03.14 und teilt mit, dass er die Angelegenheit für beschlussreif hält.

Herr Schwunk spricht sich ebenfalls gegen eine Vertagung aus, insbesondere vor dem Hintergrund möglicher Regressansprüche des Grundstückseigentümers. Er erläutert nochmals die Haltung der FDP-Fraktion in den Bebauungsplanverfahren „Brauerei“ und kritisiert die seiner Meinung nach unbestimmten, folglich rechtsunsicheren Begriffsverwendungen im Beschlussvorschlag der Vorlage 042/2014 zur Art der baulichen Nutzung.

Herr Flüshöh legt erneut dar, dass seiner Auffassung nach keine höhere Rechtsunsicherheit gegeben ist, insbesondere vor dem Hintergrund, dass derartige Formulierungen seitens der Verwaltungsgerichte bislang noch nicht als unzulässig zurückgewiesen wurden. Er kann ferner nicht nachvollziehen, dass die Vorlage 042/2014 erneut beraten werden soll, da dies den Vorberatungen bzw. bisherigen Beschlussfassungen widerspricht. Weiter spricht er sich gegen eine Vertagung aus, da hier lediglich die Auslegung des Vorentwurfs des Bebauungsplans beschlossen werden soll, nicht jedoch der Satzung selbst.

Herr Feldmann gibt zu bedenken, dass weder der Eigentümer noch die Bürger die jetzigen Diskussionen nachvollziehen können, auch entspricht eine Beschlussfassung entsprechend der Vorlage 042/2014/1 nicht den Absprachen mit dem bisherigen Investor.

Herr Kranz äußert Bedenken, dass der Begriff „einzelhandelsfern“ ggf. nicht rechtssicher ist.

Herr Schwunk erachtet eine Vertagung des Verfahrens in den neu gewählten Rat als Bankrotterklärung des jetzigen Rates und spricht sich erneut gegen eine Vertagung aus. Er betont, dass es sich bei der zur Beratung vorliegenden Fläche um ein „Filetstück“ in der Innenstadt von Schwelm handelt.

Herr Gießwein stellt klar, dass das Zielkonzept auf Einzelhandel ausgerichtet ist.

Herr Kranz spricht sich nochmals dafür aus, einem Investor einen rechtssicheren Bebauungsplan vorzulegen.

Herr Kampschulte spricht sich für eine Vertagung in den neuen Rat aus.

Herr Schier stellt klar, dass zwecks Vermeidung von weiteren Diskussionen Rechtssicherheit gegeben sein muss. Ferner spricht sich die SPD-Fraktion ebenfalls für eine Einzelhandelsnutzung im Erdgeschoss aus.

Herr Feldmann stellt klar, dass es vorliegend nicht um persönliche Schuldzuweisungen geht, vielmehr soll dem Willen der Bürger Rechnung getragen werden, nunmehr eine endgültige Entscheidung über die weitere Nutzung des ehemaligen Brauereigeländes zu treffen.

Herr Schwunk unterstreicht, dass ein Bebauungsplan mit rechtsunsicheren Formulierungen die Verkaufsmöglichkeiten des Eigentümers bzw. die Suche nach einem neuen Investor stark einschränken.

Herr Kirschner konstatiert, dass durch den zu fassenden Satzungsbeschluss die Innenstadt von Schwelm aufgewertet werden soll. Dies soll zum einen erreicht werden durch ein erweitertes Einzelhandelsangebot als auch durch eine vertikale Teilung, welche eine Wohnraumnutzung erst ab dem 1. OG zulässt. Er spricht sich für die Formulierung „Mischgebiet mit konkreten Ausnahmen“ aus, da Gerichte nicht rechtsschöpferisch tätig werden und somit ein Urteil, welches einen einzigen Ausschlussgrund als unzulässig bewertet, nicht dazu führt, dass alle übrigen Ausschlussgründe als unrichtig zurückzuweisen sind, wohingegen eine nicht gerichtsfeste Allgemeindifferenzierung den gewünschten Charakter des gesamten Bebauungsplans vollständig verändern kann.

Herr Flüshöh spricht sich für eine vertikale Teilung und eine reine Einzelhandelsnutzung im Erdgeschoss aus. Ferner erachtet er den geänderten Beschlussvorschlag entsprechend der Vorlage 042/2014/1 für rechtssicher und ausreichend auslegbar, um Anpassungen an einen sich ändernden Markt vorzunehmen.

Herr Philipp wirft ein, dass der ehemalige Investor sich ebenfalls für eine Einzelhandelsnutzung ausgesprochen hat.

Bürgermeister Stobbe weist darauf hin, dass in einer Sondersitzung des neuen Rates der Stadt Schwelm (ggf. am 3.07.14) der Satzungsbeschluss gefasst werden könnte.

Auf Nachfrage von Herrn Kranz legt Herr Kirschner nochmals seine Ansichten zur Rechtssicherheit dar.

Herr Flüshöh teilt auf Nachfrage von Herrn Kranz mit, dass eine prozentuale Angabe zur Nutzung im Bebauungsplan nicht zulässig ist.

Herr Schier fasst zusammen, dass der seitens der SPD-Fraktion favorisierte Beschlussvorschlag rechtssicherer sei als der Beschlussvorschlag der Vorlage 042/2014/1.

Herr Lethmate führt auf Nachfrage von Herrn Feldmann aus, dass die Bodendenkmalbehörde hinsichtlich einer etwaigen Tangierung des jüdischen Friedhofs bei den erforderlichen Tiefbauarbeiten beteiligt ist.

Herr Gießwein stellt folgenden Vertagungsantrag:

Beschluss:

Die Vorlagen 042/2014, 042/2014/1 und 042/2014/2 werden zur abschließenden Beratung und Beschlussfassung nach der Kommunalwahl am 25.05.14 in den Rat der Stadt Schwelm vertagt.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür	6
	dagegen:	9
	Enthaltungen:	2

Beschluss:

1. Die textlichen Festsetzungen des Bebauungsplans der Stadt Schwelm Nr. 96 - Vorentwurf-, „Historische Brauerei“ werden in Nr. 4 „Art der baulichen Nutzung“ wie folgt gefasst:

(4. Art der baulichen Nutzung:)

Die Bauflächen des Bebauungsplans werden als gemischte Bauflächen 1-6 festgesetzt.

Unter Berücksichtigung des Gebietscharakters werden die in MI-Gebieten zulässigen Nutzungen

„Gartenbaubetriebe“, „Tankstellen“, „Vergnügungsstätten“ sowie die in MI-Gebieten ausnahmsweise zulässigen „Vergnügungsstätten“ und „Betriebe des produzierenden Gewerbes“ ausgeschlossen.

[Der ursprünglich vorgesehene Ausschluss von „Betrieben des Beherbergungsgewerbes“ ist vom AUS gestrichen worden.]

In den Mischgebieten 1-6 sind erdgeschossig gem. § 1 Abs. 5 und Abs. 7 Nr. 2 BauNVO Wohnnutzungen *und einzelhandelsferne Dienstleistungen sowie Beherbergungsbetriebe* ausgeschlossen.

[Die im Vorsatz *kursiv* gesetzten Begriffe sind durch den AUS ergänzt worden.]

2. Die Verwaltung wird beauftragt, auf Grundlage des beigefügten Vorentwurfs (Darlegungskonzept) die Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 (2) BauGB für die Dauer von einem Monat durchzuführen.

3. Die Verwaltung wird beauftragt, auf Grundlage des beigefügten Vorentwurfs (Darlegungskonzept) die Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (2) BauGB durchzuführen.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür	7
	dagegen:	9
	Enthaltungen:	1

Beschluss:

1. Die Vorlage 042/2014 in der von der Verwaltung vorgelegten Fassung (Beschlusspunkte zu 2) und 3)) wird wieder eingebracht.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, auf Grundlage des beigefügten Vorentwurfs (Darlegungskonzept) die Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 (2) BauGB für die Dauer von einem Monat durchzuführen.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, auf Grundlage des beigefügten Vorentwurfs (Darlegungskonzept) die Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (2) BauGB durchzuführen.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür	9
	dagegen:	3
	Enthaltungen:	5

Die Sitzung wird von 19:20 h bis 19:25 h unterbrochen.

- 9.1 Bebauungsplan Nr. 96 "Historische Brauerei"
 Beschluss zur Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3
 Abs. 2 BauGB
 Beschluss zur Beteiligung der Behörden und
 sonstiger Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2
 BauGB**

042/2014/1

Vgl. Ausführungen zu TOP A9.

**9.2 Bebauungsplan Nr. 96 "Historische Brauerei" -
Antrag der SPD-Fraktion vom 24.03.2014**

042/2014/2

Vgl. Ausführungen zu TOP A9.

10 Finanzielle Auswirkung der Dreifeldsporthalle

056/2014

Die Tagesordnungspunkte A10 und A10.1 werden en bloc beraten.

Bürgermeister Stobbe erläutert kurz die Vorlagen und verweist auf die vorliegenden Mitteilungen der Stadt Ennepetal, wonach diese sich positiv zu den Planungen der Stadt Schwelm geäußert haben. Er informiert, dass zwischenzeitlich das Straßenverkehrsgutachten beauftragt wurde.

Herr Feldmann wirft ein, dass seiner Meinung nach die umweltpolitischen Belange nicht ausreichend berücksichtigt wurden.

Herr Kranz ist der Meinung, dass die Fragen bzgl. der wärmdämmungstechnischen Ausführung im Finanzausschuss am 27.03.14 lediglich unzureichend beantwortet wurden.

Herr Schweinsberg führt hinsichtlich der Kritik von Herrn Kranz aus, dass eine exaktere Beantwortung der Fragen erst nach Vorlage eines Bauantrages möglich ist.

Herr Schwunk begrüßt den erheblichen Sponsorenanteil. Er äußert Bedenken hinsichtlich der durch die spätere Aufgabe der übrigen Hallen entstehenden Mehrkosten (Hallenüberkapazität), weiter erachtet er die angesetzten Verkaufserlöse für zu hoch.

Herrn Schweinsberg teilt mit, dass in den Osterferien Gespräche mit dem Stadtsporthausverband im Hinblick auf die Hallenkapazitäten geplant sind.

Herr Feldmann kritisiert die zu schnelle Bindung über einen sehr langen Zeitraum an eine Privatperson.

Herr Dr. Bockelmann betrachtet die geplante Dreifeldsporthalle als wirtschaftliche Weiterentwicklung.

Herr Rüttershoff freut sich für den Schwelmer Sport und begrüßt die Pläne des Investors.

Herr Hens weist auf einen Formulierungsfehler im Beschlussvorschlag der Vorlage 056/2014 hin.

Anmerkung durch die Schriftführerin: Der Formulierungsfehler wurde korrigiert durch die Vorlage 056/2014/2, welche dem Rat der Stadt Schwelm am 10.04.13 zur Beratung vorgelegt wird.

Herr Gießwein beantragt vor dem Hintergrund, dass noch einige Fragen zu klären sind, die weitergehende Beratung und Beschlussfassung in die nächste Sitzung des Rates der Stadt Schwelm am 10.04.14 zu vertragen.

Bürgermeister Stobbe stellt klar, dass die Stadt Ennepetal sowie auch der Investor die Anzeige einer grundsätzlichen Tendenz erwarten.

Aufgrund der Vorberatungen ist die Durchführung des Bauvorhabens nach Auffassung von Herrn Kampschulte nicht mehr in Frage zu stellen.

Herr Schwunk spricht sich dafür aus, Zeichen zu setzen und einen Beschluss zu fassen.

Beschluss:

Die Vorlage 056/2014 wird zur abschließenden Beratung und Beschlussfassung vertagt in die Sitzung des Rates der Stadt Schwelm am 10.04.14.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür	14
	dagegen:	2
	Enthaltungen:	0

Die Ausführungen der Vorlage 056/2014/1 werden zur Kenntnis genommen.

**10.1 Finanzielle Auswirkung der Dreifeldsporthalle 056/2014/1
(Hallenkapazitäten)**

Vgl. Ausführungen zu TOP A10.

**11 Sachstandsbericht zur Entwicklung der 006/2014/1
Schullandschaft in Schwelm**

Herr Schweinsberg führt kurz zum Hintergrund der Vorlage 006/2014/1 aus.

Herr Schwunk vertritt die Auffassung, dass den Initiatoren der Bürgerbegehren Gelegenheit gegeben sollte, eine Stellungnahme im Rat abzugeben.

Herr Philipp weist darauf hin, dass seitens der Interessenvertretung Hauptschule eine schriftliche Stellungnahme vorliegt.

Herr Schweinsberg stellt klar, dass seitens der Verwaltung der § 26 Gemeindeordnung rechtssicher umgesetzt wird.

Die Ausführungen der Vorlage 006/2014/1 werden zur Kenntnis genommen.

**12 Bewilligung von überplanmäßigen 020/2014
Aufwendungen/Auszahlungen i. H. v. insgesamt
75.817,00 Euro bei den Buchungsstellen
02.01.09.523200 und 02.01.10.523200 – Erstattungen
von Aufwendungen v. Dritten aus lfd.
Verwaltungstätigkeit an Gemeinden (GV)**

Beschluss:

Bei der Haushaltsstelle 02.01.09.523200 - Erstattungen von Aufwendungen v. Dritten aus lfd. Verwaltungstätigkeit an Gemeinden (GV) - (Produkt Allgemeiner Rettungsdienst) werden für das HHJahr 2013 überplanmäßige Aufwendungen/Auszahlungen in Höhe von 40.934,87 Euro bewilligt. Die Deckung ist durch Mehrerträge/-einzahlungen bei der Haushaltsstelle 16.01.01.401300 - Gewerbesteuer - gewährleistet.

Bei der Haushaltsstelle 02.01.10.523200 - Erstattungen von Aufwendungen v. Dritten aus lfd. Verwaltungstätigkeit an Gemeinden (GV) - (Produkt Besonderer Rettungsdienst) werden für das HHJahr 2013 überplanmäßige Aufwendungen/Auszahlungen in Höhe von 34.882,13 Euro bewilligt. Die Deckung ist durch Mehrerträge/-einzahlungen bei der Haushaltsstelle 16.01.01.401300 - Gewerbesteuer - gewährleistet.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	X
----------------------	-------------	---

**13 Ordnungsbehördliche Verordnung über die Freigabe 030/2014
von verkaufsoffenen Sonntagen in 2014****Beschluss:**

Die beiliegende „Ordnungsbehördliche Verordnung über die Freigabe von verkaufsoffenen Sonntagen“ wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür	7
	dagegen:	8
	Enthaltungen:	0

**14 Benutzungsgebühren für den Schwelmer 053/2014
Wochenmarkt ab dem 01.07.2014 und Übergabe des
Wochenmarktes an die Deutsche Marktgilde eG auf
Probe ab dem 01.10.2014**

Die Tagesordnungspunkte A14 und A14.1 werden en bloc beraten.

Herr Rüth berichtet von einem Gespräch mit den Markthändlern Schulz, Kötter und Alhorn, in welchem diese den Willen geäußert haben, den Markt selbst betreiben zu wollen. Insoweit wird auf die Vorlage A14.1 verwiesen. Ein entsprechendes Konzept konnte in der Kürze der Zeit jedoch noch nicht erstellt werden. Unabhängig von der Privatisierung des Wochenmarktes ist die Marktsatzung über die Erhebung des Marktstandgeldes zu betrachten, welche im Falle einer Privatisierung lediglich als Rechengröße für die Marktstandgebühren zu sehen ist, da diese mit Privatisierung des Wochenmarktes ihre Gültigkeit verliert.

Aufgrund vorstehender Ausführungen unterbreitet Herr Schweinsberg einen geänderten Beschlussvorschlag zu 2) wie folgt:

„Die Verwaltung wird beauftragt, eine Markterkundung mit dem Ziel der Privatisierung des Wochenmarktes durchzuführen.“

Herr Philipp und Herr Kampschulte sprechen sich für den geänderten Beschlussvorschlag aus.

Herr Kampschulte teilt mit, dass die Bürgerschaft die Vorschläge zur Verbesserung des Wochenmarktes seiner Wahrnehmung nach positiv auffassen.

Herr Gießwein spricht sich gegen eine Privatisierung mit dem Betreiber Marktgilde eG aus.

Herr Schweinsberg weist darauf hin, dass die Privatisierung des Wochenmarktes kein Geschäft der laufenden Verwaltung ist und somit der Rat der Stadt Schwelm einen entsprechenden Beschluss zu fassen hat. Dies kann jedoch erst im nächsten Sitzungszug erfolgen.

Hinsichtlich der Vorlage A14.1 wird Kenntnisnahme festgestellt.

Beschluss:

1. Der 1. Nachtrag zu der Satzung über die Erhebung von Marktstandsgeld in der Stadt Schwelm vom 15.12 2011 wird beschlossen. Die Satzung erhält dadurch die in der Anlage dargestellte Fassung.

2. Die Verwaltung wird beauftragt, eine Markterkundung mit dem Ziel der Privatisierung des Wochenmarktes durchzuführen.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	X
----------------------	-------------	---

14.1 Anschreiben zur Übergabe des Wochenmarktes an die Deutsche Marktgilde eG auf Probe ab dem 01.10.2014 053/2014/1

Vgl. Ausführungen zu TOP 14.

15 Änderung der Tarifordnung über die Erhebung von Standgeldern anlässlich der Stadtkirmes während des Heimatfestes 057/2014

Beschluss:

Der Haupt- und der Finanzausschuss empfehlen dem Rat die mit Vorlage 057/2014 vorgeschlagene Änderung der Tarifordnung über die Erhebung von Standgeldern anlässlich der Stadtkirmes während des Heimatfestes in Schwelm zu beschließen.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	X
----------------------	-------------	---

NB: Frau Sartor

16 "Außengastronomie Stärken" Anfrage der FDP-Fraktion 060/2014

Herr Schweinsberg führt bzgl. des Gerüsts am Sängenheim aus, dass nach Aussage des Eigentümers dieses Ende Mai 2014 abgebaut werden wird.

Herr Schwunk berichtet, dass die Außengastronomiemöglichkeiten in der Stadt Gevelsberg auf positive Resonanz treffen.

Bürgermeister Stobbe teilt mit, dass entsprechende Bedarfe abgefragt werden und aufgrund dieser Ergebnisse das weitere Vorgehen zu beraten sei.

Hinsichtlich der Ausführungen der Vorlage 060/2014 wird Kenntnisnahme festgestellt.

**17 Bewerbung um den Titel "Fair-Trade-Stadt" - 064/2014
gemeinsamer Antrag der Fraktionen SPD, CDU, FDP,
Bündnis 90/Die Grünen, Die Linken, Bürger für
Schwelm vom 19.03.14**

Herr Philipp erläutert kurz den Hintergrund des interfraktionellen Antrags.

Herr Feldmann regt an, die Angelegenheit ebenfalls im KAMS zu thematisieren.

Beschluss:

Die Stadt Schwelm eröffnet einen Prozess, in dem der Titel „Fair-Trade-Stadt“ angestrebt wird. Die Verwaltung wird beauftragt, zu diesem Zweck eine Steuerungsgruppe einzusetzen, die überparteilich mit Personen unterschiedlicher Zielgruppen aus Handel, Politik und Zivilgesellschaft besetzt sein soll.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür	14
	dagegen:	0
	Enthaltungen:	1

**18 Ersatzwahl für die Schiedsperson im 063/2014
Schiedsamsbezirk I (Schwelm-Nord)**

Bürgermeister Stobbe berichtet, dass der für das Schiedsamt im Schiedsamsbezirk I ausgewählte Bewerber seine Bewerbung zurückgezogen hat. Aus diesem Grund wird die Vorlage 063/2014 durch die Verwaltung zurückgezogen. Vorschläge zu geeigneten Bewerbern werden gern entgegengenommen.

**19 Fragen / Mitteilungen des Ausschusses an die
Verwaltung**

Auf Nachfrage von Herrn Kranz erläutert Bürgermeister Stobbe kurz den Hintergrund der Ansetzung der außerordentlichen Liegenschaftsausschusssitzung am 08.04.14.

Bürgermeister Stobbe teilt auf Nachfrage von Herrn Kampschulte mit, dass die Bewerbungsfrist hinsichtlich des Bahnhofsgebäudes noch bis Mitte April 2014 läuft und erst nach Ablauf dieser Frist Konkretes über Interessenten ausgesagt werden kann.

Hinsichtlich der Terrassensichtschutzplanung des Herrn Steinbrück am Kreisverkehr Oehde teilt Bürgermeister Stobbe auf Nachfrage von Herrn Rüttershoff mit, dass am heutigen Tage ein entsprechender Antrag eingegangen sei.

Herr Hens schlägt vor, die Form der Niederschriften dahingehend abzuändern, dass lediglich nur ein Ergebnisprotokoll geführt wird. Anderenfalls regt er einen Audiomitschnitt an.

Bürgermeister Stobbe teilt mit, dass eine Aufzeichnungsmöglichkeit besteht. Jedoch bedarf ein solches Vorgehen einer Änderung der Geschäftsordnung.

Frau Dr. Hortolani kritisiert, dass die Arbeitssicherheit, insbesondere für die Schriftführer, mit dem vorhandenen Mobiliar in der Gustav-Heinemann-Schule nicht gegeben ist.

Herr Dr. Bockelmann pflichtet Frau Dr. Hortolani bei.

Bürgermeister Stobbe weist darauf hin, dass es sich insoweit um einen improvisierten Sitzungsort handelt.

Unterschriften zu den Seiten 1 bis 18 der Sitzungsniederschrift vom heutigen Tage.

Schwelm, den 06.06.14	Schriftführerin gez. Gräfe	Der Bürgermeister gez. Stobbe
-----------------------	-------------------------------	----------------------------------